

Medienmitteilung

vom Freitag, 09. Mai 2008

Grünliberale Abstimmungsparolen für den 1. Juni 2008

Die Grünliberalen des Kantons St. Gallen empfehlen ein NEIN zu allen drei eidgenössischen Vorlagen, ein JA zum Kantonsratsbeschluss über Erwerb sowie Neu- und Umbau von Liegenschaften und STIMMFREIGABE zum IV. Nachtrag zum Gerichtsgesetz.

NEIN zur Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»

Die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern soll ein fairer Prozess sein. Das Parlament hat klare Vorgaben für Kantone und Gemeinden gemacht und hat damit das bewährte System der Einbürgerungen optimiert. Das Volk hat bei uns alle wesentlichen Entscheide zu fällen und trotzdem hat jeder - auch ein einbürgerungswilliger Ausländer - in einem Rechtsstaat die Möglichkeit, solche Entscheide von der Justiz überprüfen zu lassen. Die Grünliberalen empfehlen deshalb, die Initiative abzulehnen.

NEIN zur Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»

Die Volksinitiative "Volkssouveränität statt Behördenpropaganda" (sogenannte Maulkorbinitiative) will die Informationstätigkeit von Bundesrat und Verwaltung bei eidgenössischen Urnengängen auf ein Minimum beschränken. Die Grünliberalen lehnen die Initiative ab, da für sie die Behörden bei Abstimmungen eine Informationspflicht haben, die sie umfassend wahrnehmen müssen.

NEIN zum Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»

Auch den Verfassungsartikel "Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung" (so genannter Gesundheitsartikel) lehnen die Grünliberalen ab. Zwar sind durchaus positive Elemente in der Vorlage enthalten. Die Grünliberalen stehen für die Prinzipien des Wettbewerbs, für Transparenz und für hochstehende Leistungserbringung ein. Der Verfassungsartikel ist aber überflüssig, weil man auch mit der geltenden Rechtsgrundlage eine vernünftige, pragmatische Gesundheitspolitik umsetzen kann, wenn der politische Wille dazu besteht.

JA zum Kantonsratsbeschluss über Erwerb sowie Neu- und Umbau von Liegenschaften am Oberen Graben und an der Frongartenstrasse in St.Gallen

Die Grünliberalen erachten die Konzentration des Sicherheits- und Justizdepartementes sowie Teilen des Departementes des Innern am Oberen Graben in St. Gallen als zweckmässige, langfristig kostengünstigere und auch bürgerfreundlichere Lösung und empfehlen deshalb Annahme der Vorlage.

STIMMFREIGABE zum IV. Nachtrag zum Gerichtsgesetz

Die zweite kantonale Vorlage vermag nur teilweise zu überzeugen. Unbestritten für die Grünliberalen sind die Neuorganisation der Kreisgerichte und der Vermittlungsstellen. Fragwürdig scheint hingegen die Abschaffung der bewährten Arbeitsgerichte. Bisher konnten Arbeitnehmende ihre Rechte kostengünstig, rasch und ohne Anwalt bei den Arbeitsgerichten einklagen. Die vorgeschlagene neue Lösung stellt dies zumindest in Frage. Aus diesem Grunde haben die Grünliberalen Stimmfreigabe beschlossen.

Für Rückfragen:

Matthias Winistöfer

Co-Präsident Grünliberale Partei Kanton St. Gallen
079 249 21 03